

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (5. FStrÄndG) – Drucksachen 14/8448, 14/8911, 14/9535, 14/9795 –

Anrufung des Vermittlungsausschusses

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 2002 verabschiedeten

Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes
(5. FStrÄndG)

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

